

Abend-Ausgabe.

Der polnische Anschlag auf Pommern

beschäftigte dieser Tage (die „Hamb. Nachr.“ in einem längeren Artikel. Im Anfang desselben wird auf die verschiedenen Verbrechen hingewiesen, welcher sich die polnische Presse bedient, um den Glauben anfrecht zu erhalten, die Deutschen seien gewillt, die Polen mit Stumpf und Stiel auszurotten.

So dann reißt es weiter: In der „Gazeta Toruńska“ wird der polnische Aufstand auf Pommeren folgendermaßen angeknüpft: „So erwacht auch die Provinz Pommeren zu Leben! Diese Provinz hatten ehemals unsere pommerischen Brüder, b. h. Polen, welche an der Meeresküste zwischen der Weichsel und Elbe wohnten, inne. Die pommerischen Polen waren seit undenklichen Zeiten eine aufgeklärte und arbeitssame Nation und sie übertrafen in dieser Hinsicht die Deutschen ganz bedeutend; sie hatten auch ihre eigenen pommerisch-polnischen Fürsten und waren zu verschiedenen Zeiten den polnischen Königen unterthan. Diejenigen Pommeren, welche schon früher von Polen abgefallen waren, verloren ihre Muttersprache vollkommen und vermischten sich mit den Deutschen.“ Die eigentlichen Muster-Polen-Pommeren hätten sich also hiernach nur im östlichen Winkel der Provinz, in den Freisign Bütow, Rauenburg und Stolz gehalten. Zusammen mit denen, die nach Amerika ausgewandert seien, sollen diese Menschen sich auf die ganze eine Viertelmillion beziffern! Nach dieser Aufschneiderei bemerkt die „Gazeta Toruńska“ kleinlaut, in Pommeren selbst wohnten davon nur noch 10,000: „Es ist das eine Zahl, welche von der Germanisation geschügt zu werden verdient. Berufen hierzu sind vor allem alle gebildeten pommerischen Polen. Die Polen anderer Gegenden müssen ihren pommerischen Brüdern zur Hilfe eilen, welche sie durch soviel Jahrhunderte hindurch vor der Uebersfluthung des Deuththums bewahrt haben. Sogar die preussische Regierung, welche sich darum kümmert, daß verschiedene Thiere nicht ausgerottet werden, welche verwilderten Mäuren und alterthümliche Hügel unter ihrem Schutz nimmt, müßte ihrerseits denjenigen Unterstützung gewähren, welche sich bemühen, dieselben wohl Niemanden bedrohenden Reste der polnischen Pommeren in der Provinz Pommeren zu erhalten. Wenn die Regierung dies nicht thun will, so wird sie die Geschichte der Zivilisation hart verurtheilen und der liebe Gott kann dafür die gesamte deutsche Nation schwer strafen, denn Gott gebietet nicht nur das Leben des Einzelnen, sondern er pflegt auch das Leben von Nationen zu schützen.“

Die Polen, die also heu den, erinnern wir an den mahnhaften Wagerspruch Heinrichs von Freitages: Gott hat noch nie ein Volk verlassen das sich nicht selbst verliert!

Die Unaufrichtigkeit dieses ganzen Mößensments aber wird am besten durch polnische Jeitungsstimmen, die minder vorfichtig sind, bewiesen. Bereits am 4. November hat nämlich auf der Delegiertenversammlung des polnischen Zentral-Wahlkomitees für Westpreußen ein Ermland der Herausgeber der „Gazeta Gdubzadzka“ Namens Sulerski, den Antrag gestellt, die polnische Wahl agitation auf Pommern auszudehnen. Wanderteile Bedenten wurden dem entgegengehalten man fürchte, man würde den Vorwurf, groß polnische Agitation zu betreiben, alsbald auf sich ziehen lassen müssen. Um diesen Bedenkliehkeiten ein Ende zu machen, knüpfte Sulerski unter der Hand in den pommerschen Kreisen, die der verlodende Aussicht boten, allerlei Beziehungen an. Er selbst wußte ganz genau, daß er den Anfrieder erst in diesem friedlichen Distrikt künstlich erregen müßte. Worauf er seine Hoffnung gestellt, das verrät sehr Dezan, die „Gazeta Gdubzadzka“ in Nr. 33 deutlich genug:

Wie bekannt, ist in der letzten Versammlung der Wahlbelegirten in Graubenz Beschloffen worden, den Wahlkreis Rauenburg-Stolp und den Kreis Bütow ebenfalls in unsere Wahlorganisation hineinzuziehen, wie dies einkl. Ermiland geschehen ist. Dieser Beschluß ist ein Antrag unseres Verlegers, Herrn Auerst, gesagt worden. Der Zweck des Antrages und des Beschlusses war ein sehr einfacher und naheliegender. Im Wahlkreise Rauenburg-Stolp siegte gewöhnlich der Konservative in einem Duzend oder im günstigen Falle einige Duzent Stimmen über den freisinnigen Kandidaten. Die Polen jenes Wahlkreises haben bisher an den Wahlen nicht theilgenommen, und dennoch können sie es auf 200 bis 300 Stimmen bringen. Es ist mithin einleuchtend, daß diese 200 bis 300 polnische Stimmen Gewicht haben müssen und daß die Polen, wenn sie wollen, dem Freisinnigen zum Siege verhelfen können. Das wird natürlich nicht geschehen, ohne daß die Freisinnigen in einem andern Wahlkreise, z. B. Stuhls Marienwerber, den wir diesmal auf jeden Gewinn müssen, einen ähnlichen Dienst leisten. Wichtig stehen die Sachen im Kreise Bütow-Dammersburg. Auch da wird es einige hundert polnische Stimmen geben, wofür man von den Freisinnigen wird deren Verstand im Kreise Schlochau-Platow oder wo anders einhalten können. So können die Polen mit Hilfe der wenigen hundert Stimmen zwei andere Wahlkreise erringen. Der weitere Zweck des gedachten Graubenger Beschlusses sollte sein, die in den Kreisen Rauenburg und Bütow wohnenden Polen mittels der Wahlagitation in Bewegung zu bringen, sie zu erwarman und vor dem ungünstigen Untergang im Meere des Deutschthums zu retten. Der Schluß lautet: „Gott hat uns gesendet, unseren Brüdern zu helfen, und die war der Zweck der Rauenburger Versammlung. Mehr noch bedeutet für uns die Rettung einhundert, und wenn auch nur einiger Duzent Brüder vor dem Untergehen im Meere des Protestantismus und des Deutschthums zu alles Geschick der H. R.-Teilen, als alle am polnischen Gesetze, die uns bis her nicht geschadet haben und, so Gott will, auch in Zukunft nicht schaden werden. Und wir anders denken sollte, der ist in unseren Augen und in denjenigen eines jeden wahren Polen und Katholiken ein schlechter Katholik und Pol. Wüßten die verschiedenen Großmäuler sich zu merken.“

Der genannte Herr spekulirt also auf vaterlandslose Gesinnung der Freisinnigen, wo ihn ja leider die Haltung des Abgeordneten für die Stadt Posen und die Eugen Nicht-ernuthigt.

Bekanntlich hat die Versammlung, die am 6. März mit Mühe und Noth zu Stande kam, einen geradezu beklüftenden Verlauf gehabt. Aber die Sage hat auch ihre ernste Seite. Es ist ein polnischer Verein gegründet worden, der unter dem Vorwand, der Hebung und Erhaltung der Bildung, Religion und Moral zu dienen, Leute, die bis dahin harmlos und zufrieden dahingleben, mit Haß und Unfrieden erfüllt. Damit die Dezereten länger wirken, werden eben jetzt große Mengen von Büchern in polnischer Sprache — man kann sich denken welchen Inhalts — von dem großen centralen Volksbibliothekverein in Pommern eingeschmuggelt. Es steht zu wünschen, daß Angesichts dieser bedenklichen Erscheinungen unsere wackeren germanischen Landsleute aus der Ruhe, die ihre berechtigten Stammesgefühlsübungen ist, erwachen und den nationalen Widerstand kräftig organisiren. Ist toller und leichtfertiger die Polen es treiben, desto eher wird auch die große Masse der Deutschen ihr Spiel durchschauen. Ob es dann bei jener vornehmen Art einer schonenden und allmählichen Germanisirung durch die böbere Kultur zu der sich die preussische Staats-Regierung bekannt hat, auf die Dauer sein Bewenden werden können, das sind Erwägungen, die wir den polnischen Heißspornen anheimgeben, die für die etwaigen unheilbaren Folgen allein verantwortlich zu machen sind. Wir Deutsche aber rufen uns angesichts dieser Vorgänge die Worte in Erinnerung zurück, die Fürst Bismarck, dessen Wiegensitz Deutschland soeben jubelnd begangen hat, den Ostmärkern zugerufen hat: Halte! zusammen und vergeß nicht, daß ihr vor den Feinde steht!

Unerfüllbare Forderungen.

Die letzte Viehzählung für Deutschland hat das erfreulichste Ergebnis geliefert. Der gewaltige Zuwachs des Viehstandes ist selbstverständlich von wesentlicher Bedeutung für die Beurtheilung unserer wirthschaftlichen Verhältnisse, und zwar besonders, wenn man zwei Nachweise daneben hält, die ebenfalls umlängst bekannt geworden sind: Die Anstellung über das ganze letzte Jahresfrist andauernde Verharren der Getreidepreise auf einer selbst von einseitigen Vorkämpfern der agrarischen Interessen als aus reichend anerkannten Höhe, und der zweite Nachweis, der vorgekern veröffentlicht worden ist, worin unter Bezugnahme auf die Proben-Disquisition der Beweis erbracht wurde, wie sehr die Steuerreform der Landwirtschaft in Preussens Lust gemacht hat. Zieht man Alles dies in Betracht, daß die Einnahme der landwirthschaftlichen Betriebe sich gehoben und daß die Vergütung dank der Unterstützung der gesetzgebenden Körperschaften Alles that, was im Interesse der Landwirtschaft möglich ist, dann hat man, wie die „National-Rev. Korresp.“ nicht bemerkt, ein volles Recht darauf, nun auch von den Vertretern der landwirthschaftlichen Interessen zu verlangen, die extremen Gementen die mit absolut unerfüllbaren und von der Vergütung mit aller Bestimmtheit abgewiesenen Forderungen noch immer den wirthschaftlichen Ausgleich fördern, endlich zurückzugeben und lediglich einer besonnenen Beurtheilung der wirthschaftlichen Fragen bei der Vorbereitung der künftigen Reichstags das Wort zu verlasten. Diejenigen aber, welche den extremen Forderungen wie Antrag Kranz und Silberwährung, Verstaatlichung der Reichsbank und was dergleichen Dinge mehr sind, widerstanden haben und hinsichtlich ihrer Förderung der Landwirtschaft positive Leistungen in ausreichendem Maße anzuweisen können, wie die nationalliberale Partei, sie haben damit eine neue Bestätigung erhalten, wie sehr sie im Interesse des nationalen Gewerbetreibenden, wenn sie wirthschaftlichen Uebertreibungen energisch entgegengetreten.

Amerika — Spanien.

Im „Militär-Wochenblatt“ werden verschiedene Aufstellungen über die Seemacht Spaniens und Nordamerikas reproducirt, die so sehr voneinander und auch von dem bereits erwähnten Stärkerverhältniß abweichen, daß sie nach beigetragenen Blatte schwer miteinander in Einklang zu bringen sind. Wirklichen faßmännlichen Werth besitz unter diesen verschiedenen Angaben wohl nur diejenige der spanischen Admiralität über Spaniens Seemacht; wir theilen sie dannachstehend noch mit: Spanien besitzt 10 Panzerschiffe von 7000 To. bis 9902 To., 8 Kreuzer 1. Klasse von 3090 To. bis 4326 To., 18 Kreuzer 2. Klasse von 500 To. bis 1775 To., 10 Torpedo-Kanonenboote von 250 To. bis 500 To., 3 Kanonenboote 1. Klasse von 315 To. bis 552 To., 6 Torpedobootsjäger von 380 To. bis 400 To., 13 Torpedoboote von 60 To. bis 100 To., 3 Depositschiffe, 3 Fahrzeugen für den hydrographischen Dienst, 4 Schulschiffe, 5 Transportschiffe, 21 Kanonenboote 2. Klasse von 100 To. bis 255 To., 35 Kanonenboote 3. Klasse von 20 To. bis 880 To., mehrere Kanonenschuppen, Minendräger und eine Anzahl Boucons.

In demselben Organie wird folgende Uebersicht über die Landtruppen der beiden Staaten gegeben: Ein Vergleich der Landtruppen beider Staaten fällt sehr zu Ungunsten der Union aus, nicht nur hinsichtlich der Zahl, sondern auch bezüglich der Qualität. Die nordamerikanische Landarmee besteht nach den neuesten Quellen aus 1776 Offizieren, 23 339 Unteroffizieren und Mannschaften, 6306 Reitpferden und 40 bespannten Geschüßen; dazu kommen allerdings organisirte Milizen 9376 Offiziere und rund 106 000 Mann, sowie inorganisirte Milizen 10 149 Offiziere und Mann. Das Spanische dient größtentheils als Heer, und ist über das weite Gebiet der Union vertheilt, wo es zumeist nur schwer beschaffen ist, kommt also im Kriegsfall weder gar nicht in Betracht. Welchen Werth die Milizen haben, muß die Zeit lehren, ihre wirksame Ausbildung berechtigt jedenfalls nicht zu großen Erwartungen. Die Friedensstärke des spanischen Heeres wurde für das laufende Finanzjahr 1. Juli 1897 bis 30. Juni 1898, 100 140 Mann festgesetzt; nach dem neuen Anuario militar de Espana fanden sich aus Anlaß der Unruhen in Kuba und den Philippinen 16 115 Offiziere und 333 297 Mann unter den Waffen, davon allein auf der Insel Kuba 5704 Offiziere und 103 180 Mann.

Borricio 2 B. Offiziere und 5575 Mann; außerdem sind, Zeitungsnachrichten zufolge, sieben weitere Jägerbataillone zu je rund 1000 Mann nebst zwei Artilleriekompagnien zur Ueberfahrt nach Cadix nach Cuba bereit. Sollten aber weitere Nachschübe an Truppen zur Vertreibung der Polono aus dem Mutterlande nötig werden, so stehen außer den Garnisonen des Reichs noch rund 200 000 militärrisch ausgebildete Reservisten 1. und 2. Klasse zu diesem Zwecke zur Verfügung.

Das deutsche militärrische Blatt fügt seinen Mittheilungen noch die folgende Bemerkung hinzu: „Es dürfte gar nicht zu den Unmöglichkeit en gehören, daß, wenn die spanischen Streitkräfte auch zur See von thätigen unternehmenden Männern geführt werden, die Union zu Anfang der Feindseligkeiten ganz empfindliche Schläge erleben wird.“

Die spanische Thronrede wird die Botschaft Mac Kinley's in schärfstem Tone beantworten und einen großen Kriegskredit von den Cortes begehren.

Im Kriegsfall werden die spanischen Unterthanen in den Vereinigten Staaten unter den Schutz des österreichisch-ungarischen Vertreters gestellt werden.

Die französische Regierung trifft umfassende Maßregeln zum Schutze der französischen Handelsinteressen im Kriegsfall. Wie verlautet, werden die europäischen Mächte gemeinsame Maßregeln zum Schutze ihrer Interessen treffen.

Die „Köln. Ztg.“ erhielt aus Washington einen schriftlichen Bericht, laut welchem sich McKinley vor mehreren Wochen einigen Politikern gegenüber dahin ausgesprochen hat, er werde sich nur mit der vollständigen Unabhängigkeit Anbals zufrieden geben.

In Wiener Diplomatenkreisen wiegt die Ansicht vor, die spanischen Cortes werden einberufen, damit die Regierung im Falle der Kriegserklärung zur Aufnahme einer Zwangsleihe die parlamentarische Deckung besitze. Ferner ist dort die unverbürgte Meldung eingelaufen, daß sowohl Spanien als Amerika beabsichtigen, im Kriegsfall auf ihr Kaperecht zu verzichten.

"Newport Herald" meldet aus Valparaiso, daß in Chile lebende Spanier ein Komplotz angezettelt hätten, das auf der Abrede von Valparaiso vor Unter liegende nordamerikanische Kanonenboot "Marietta" in die Luft zu sprengen. Die amerikanische Gesandte verständigte hiervon die chilenische Regierung, welche das Komplotz verurtheilte.

Ans dem Reiche.

Der Kaiser kommt am 18. d. Mts. nach Kalkenbronn zur Auerhahnjagd im Schwarzwald. Am 18. Juni wird der Kaiser in Hamburg ein treffen, um der Tags darauf auf der Unterelbe bei Kückhafen stattfindenden Segelregatta um den Großen Preis von Hamburg² beizuwohnen. Dem Vernehmen nach wird der Kaiser auch die

Dankschreiben an den Polizeipräsidenten von Berlin. — Der Verein der **Windheim** wegen der neuen Verordnung über die **äußere Sonntagsheliligung** ist vom Verein **Berlin** **Polstulwaarenhändler** beschlossen worden. Der **Verein** war der erste, der gegen die früheren **Verordnungen** am 1. März 1891 protestirt hat.

Bestimmungen, namentlich gegen den Zuzug aus den Bezirken der Schweiz in den Grenzorten, Stunden, als eine schwere Schädigung des Handels und Gewerbes zu erwarten ist, die Strafen gegen die alte Polizeiverordnung gegeben haben. Die Milderung der Bestimmungen soll trotz der kurzen Zeit schon jetzt einen erheblichen Ansehensgewinn für das Sonntagsgeschäft im Rheinlande zu erwarten lassen. — Anlässlich der an der Generalversammlung der Reichsversammlung der christlichen Volksgenossen erlassenen Instruktion über die Handhabung der Grenzkontrolle, wobei die Bestimmungen der Reichsversammlung, die statt der früheren Bezeichnung „made in Germany“ die einfache Stempelung des Ursprungslandes (z. B. Worms) genügt, hat die Handelskammer zu Worms beschlossen, empfehle sich, den im Verkehr eingebürgerten

und empfohlenen Jutag, made in Germany, vorzüglich wenigstens beizubehalten. — Die Germania" ist sehr entrüstet darüber, daß die Konfirmanten der freireligiösen Gemeinde Litzen durch den Vorsteher der Gemein Schüllers illustrierte Werke als Konfirmationsgeheimt überreicht worden. Ein Wert in den Teufel Bittu würde der Germ. vielleit verbaulicher erscheinen, oder nach der Erlarung Tagris vielleit ein Jahrgang der Weltan. — Die Polizeibehörden des hamburgischen Senats erlassen im „Amtsblatt" eine Verfügung über die in der Stadt Litzen. Die St

bestehende **Dr. Joh. Schmalhaus**. Die
Fügung beginnt mit den Worten: Bei der Ent-
fuchung von hier eingeführten frischen Mehl-
und Birnen aus Amerika find in größerer
Früchte mit der San Jose-Schildlaus befezt
gefunden. Es besteht hiernach die Gefahr, daß
dieser namentlich für Obstplantagen sehr
förderliche Schädling bereits in Deutschland
eingebrungen und auf Baumstümpfen oder Obftgär-
ten abgetragen sein kann. Sodann werden die be-
treffenden Abwehrmaßregeln gegen diese Schildlaus
gegeben. — **Polenblätter** werden, daß zahlreich
Eisenbahn- und Postbeamte polnisch
Nationalität in den Regierungsbezirken Posen,
Pommern und Marienwerder plötzlich aus dien-
stlichen Ämtern nach Rheinland, Westfalen,
Hannover und Bommern verlegt worden sein.
— Eine in Mainz kaiserliche Verwallung
Mainischiffbrütsinteressenten nahm gegen die
planten **Schiffahrtsabgaben auf dem Main**.
Stellung und befragt, der preussischen wie
heftigen Regierung eine Denkschrift zu unter-
breiten.

Deutschland.

Berlin, 16. April. Die Verlobung holländischen Königin Wilhelmine mit Prinz Bernhard von Sachsen-Weimar soll, der „Allgemeinen Vaterländischen Zeitung“ zufolge, am Tage Volljährigkeit der jugendlichen Königin amtlich bekannt gegeben werden. Prinz Bernhard Friedrich von Sachsen-Weimar-Gienrich ist in Weimar am 18. April 1878 als zweiter Sohn des im Jahre 1894 verstorbenen Großherzogs Karl August geboren. Er ist königlich preussischer Lieutenant à la suite des 5. holländischen Infanterie-Regiments Nr. 94. Durch seine im Jahre 1897 verstorbene Großmutter, Großherzogin Sophie von Sachsen-Weimar, welche eine niederländische Prinzessin war, ist er mit dem holländischen Königshause verwandt.

geffin war, ist Prinz Bernhard Friedrich mit dem Königs-
haufe der Branier verwandt.

— Im Bereich des Ministeriums des Innern sind in letzter Zeit eine ganze Reihe von Veränderungen eingetreten. Nachdem zu Beginn des Jahres der neue Ministerialdirektor Dr. v. Bitten seine Stelle angetreten hat, ist neuerdings für den zum Regierungs-Präsidenten in Koblenz ernannten Geh. Rath v. Ertz zu Solz der Ober-Regierungsrath Hoth aus Slettin einberufen worden. Der an Stelle des verstorbenen Geheimen Ober-Regierungsraths Höpfer getretene Geheime Ober-Regierungsrath Naubach hat, wie die „Post“ hört, nach Beendigung eines ihm bewilligten Urlaubs nun seine Geschäfte übernommen. Endlich ist das bisherige Minister des am 1. Juli in den Ruhestand tretenden Mintr. Geh. Oberregierungs- raths Noll dem Regierungsrath Freund aus Koblenz übertragen worden. Während von beiden aus dem Ministerium des Innern belegte Stellen in der Prüfungskommission für den höheren Verwaltungsdienst die eine bereits seit dem Tode des Geh. Rathes Höpfer verwaist ist, wird mit dem Ausscheiden des Geh. Rathes Noll auch die zweite frei werden, so daß hier eine doppelte Neubefugung stattfinden muß.

— Anfangs dieses Monats ist der Zweite Direktor beim Rechnungshofe des deutschen Reiches, Wirklicher Geheimer Oberregierungsrat Roffant, nachdem er sein 50jähriges Dienstjubiläum gefeiert hatte, in den wohlverdienten Ruhestand getreten. Er hat von 1854 bis 1860 der Intendantur und Verwaltung der Marine in verschiedenen Dienststellungen angehört und wurde dann 1869 vortragender Rath und seit dem 1. April 1865 Direktor beim Rechnungshofe des norddeutschen Bundes bew. hat des deutschen Reiches, dem er also nahezu 20 Jahre lang seine Dienste gewidmet hat. Sein Sohn ist seit einiger Zeit Unterstaatssekretär im türkischen Finanzministerium und angestrichen auf Urlaub in der Heimath.

— Eine Verordnung des kaiserlichen Landeshauptmanns von Togo führt den Impfsatzung aus. Es unterliegen ihm ohne Unterschied des Alters die ansässige eingeborene Bevölkerung, die bei den Behörden, Missionen, Faktoreien, Plantagen und sonstigen Unternehmungen mit größerer Personenzahl dauernd oder vorübergehend beschäftigten Farbigen. Der Impfsatzung umfaßt die Pflicht zur erstmaligen Impfung an den vorher bekanntgegebenen Impfterminen und die Wiederholung der Impfung zur Wiederimpfung nach gewissen, vom Impsarzte bemessenden Zeiträumen. Zur Erfüllung der Impfpflicht sind neben den Impfschlichtigen vornehmlich die Dorfkapitän, das Familienhaupt, der Lehrer und die Vorstände der Missionen, Faktoreien, Plantagen und sonstigen Unternehmungen. Zwangsbandagen werden mit Geldstrafen bis zu 150 Mark geahndet. Ginstig wirkt die Verordnung für die Stadtbürger von Lome und Klein-Popo in Kraft. Das spätere Inkrafttreten in anderen Bezirken erfolgt durch Verfügung des Landeshauptmanns.

— Ueber die Zahl der Mischehen in Preußen und das Religionsbekenntniß der aus ihnen herabgegangenen Kinder entnehmen wir die amtlichen Mittheilungen über die Ergebnisse der letzten Volkszählung Folgendes: Es wurden am 2. Dezember 1895 128 069 Mischehen zwischen evangelischen Männern und römisch-katholischen Frauen und 150 365 Mischehen zwischen römisch-katholischen Männern und evangelischen Frauen gezählt. Insgesamt bestanden also 278 434 Mischehen, von denen 59 181 ohne Kinder und 219 253 mit Kindern waren. Die Zahl der Kinder aus diesen Mischehen betrug 597 921. Von ihnen waren 332 947 evangelisch, 264 648 katholisch, 229 gehörten anderen christlichen Bekenntnissen an, 29 waren Juden und 95 waren anderer oder unbekannter Religion. Hiernach war der Vortheil der evangelischen Konfession gegenüber der katholischen aus den Mischehen nicht, recht beträchtlich. Die Zahl der evangelischen Kinder aus diesen Mischehen übersteigt die der katholischen um 68 000. Im Allgemeinen nimmt man an, daß die Knaben der Konfession des Vaters und die Mädchen der der Mutter folgen. Die Annahmen von dieser Regel sind aber sehr erhebliche. 81 948 Knaben evangelischer Väter werden evangelisch und 56 807 katholisch erzogen. Umgekehrt sind 84 880 Knaben katholischer Väter katholisch und 74 160 evangelisch. Bei den Mädchen sind Mischehen mit römisch-katholischer Mutter fünfmal so zahlreich als solche mit evangelischer Mutter, man hat 74 042 evangelische und nur 65 251 katholische von den Mädchen evangelischer Mutter werden 92 707 evangelisch, dagegen 68 430 nach der Konfession des Vaters katholisch erzogen.

Daraus ergibt sich folgender Einfluss
Vaters in Mischehen auf die Konfession
Kinder. Von evangelischen Vätern folgten
v. H. der Knaben und 53,0 v. H. der Mäd-
chen katholischen Vätern folgten 46,6 v. H.
Knaben und 48,4 v. H. der Mädchen.

Oesterreich-Ungarn.

Preis, 15. April. Abgeordnetenhaus. **11.** Haus begann die Verhandlung über die Vorlage, die Kongrua nichtkatholischer Geistliche. Der Kultusminister Dr. v. Blassius erklärte eine scharfe Trennung von Staat und Kirche habe niemals in der Absicht der Regierung gelegen. In der Vorlage bemähe sich die Regierung, gemeinsame Berührungspunkte zwischen Staat und Kirche zu schaffen. Die Regierung habe nicht das französische System der Befolgung der Geistlichen gewählt, sondern befolge das 1868 eingeführte System der Unterthänigkeit der Kirchen. Der Zweck der Vorlage sei Sicherung des Existenz-Minimums für die Seelsorger, aus diesem Grunde sei nicht für jede Konfession ein besonderer Segenswurf, sondern eine einzige Vorlage eingebracht worden, welche gleiche Rechte allen Konfessionen gegenüber zur Anwendung bringe. Die Autonomie der Kirchen werde durch die Vorlage nicht verletzt. Graf Apponyi erklärte die Bestimmung der Vorlage, daß auch unregelmäßige Seelsorger unterstützt werden sollen, sei, daß die Unterthänigkeit ungleichartig seien. Graf Andrássy besetzt hinsichtlich der Autonomie der protestantischen Kirche Bedenken ein und erklärt, die Vorlage ablehnen zu wollen, wenn seine Bedenken nicht beseitigt würden. Graf Schöller meint ebenfalls, daß durch die Vorlage die Autonomie der Kirchen bedroht werde; er hält lehne er die Vorlage ab. Graf Jósik (Wolfspartei) bringt einen Beschluß vor, dahingehend, daß die Vorlage derart

gearbeitet werde, daß die Regierung auf die Kirchenverwaltung keinerlei Einfluß erlange. Die Debatte wird morgen fortgesetzt.

Frankreich.

Marſeille, 15. April. Die Poſt aus Ma-
dagaskar iſt hier eingetroffen, darnach ſoll die
Bage auf der Inſel ſehr befriedigend und die
Unterwerfung des letzten Nebelſchiffs beendigt
ſein. Die deſenſiven Operationen im Innern
dauern fort.

Arbeiterbewegung.

Eilenburg, 15. April. Der Streik der Zimmerer dauert fort. Man hat seitens der Streikenden versucht, die größere Masse dafür zu begeistern, indem man eine Volksversammlung einberief. Der berufene Sprecher, Schneidermeister Albrecht-Halle, erschien aber nicht, und ein zufällig anwesender Genosse aus Hamburg — derselbe ist von hier gebürtig — sprach sehr maßvoll. Er konnte nichts darin finden, daß sich die Bauhandwerksmeister zur Vertbeidigung zusammengeschlossen hätten; Sache der Zimmerer sei es, ihre Sache selbst zu vertheidigen. Beschluß: wurden nicht gefaßt. Gewissen Eindruck hat es gemacht, daß von oben die Weisung gegeben ist, keinen Streik ohne Genehmigung des Centralcomitees zu beginnen. Noch ist zu bemerken, daß die hiesigen Meister von ihren Kollegen in Leipzig unterstützt werden. Leipzig war immer der Ort, wohin sich die Mißthunigen von hier wandten; jetzt werden sie von den dortigen Meistern abgeleitet. So kehrten gestern Abend verschiedene Streikende von Leipzig zurück, geküßelt in ihrer Erwartung, dort Arbeit zu finden.

— Sachlichen Berichten über den welligen Streik entnehmen wir das Folgende: Sidwales produzierte jährlich 33 000 000 To. Kohlen. Von den fordern die Vergewerke, welche dem Verbanne der Arbeitgeber angehören, 27 000 000 To. Alle im Betrieb befindlichen Zeichen und diejenigen, welche die Forderungen der Arbeiter gewährt haben, gebieten dem Verbanne nicht an. Auschluss können natürlich die letzteren Zeichen nicht geben. Um die Streitfrage zu verstehen, muß man sich drei Dinge klar machen: 1. die alte Lohnstala, 2. die neue von den Arbeitern verlangte, und 3. die neue von den Arbeitgebern vorgeschlagene. Die alte Stala nimmt die Höhe von 1879 zur Grundlage. Kurz ausgedrückt, soll der Lohn der Arbeiter um $\frac{1}{4}$ Prozent steigen, sobald der Preis der Kohlen um 1 Schilling in die Höhe geht. 2. Nach der neuen von den Vergewerksbesitzern vorgeschlagenen Stala sollen die Höhe um $\frac{7}{12}$ Prozent steigen, wenn der Kohlenpreis auf 9 Schilling steigt. Steigt er auf 9 bis 11 Schilling, so sollen die Höhe $\frac{8}{11}$ Prozent für jeden Schilling in die Höhe gehen. Steigt der Preis auf über 11 Schilling, so soll die Lohnerhöhung $\frac{9}{12}$ Prozent für jeden Schilling betragen. 3. Die Arbeiter stellen die folgenden Forderungen: Der Preis von 10 Schilling die Tonne Kohlen wird als Normalpreis betrachtet. Es ist der Minimalpreis. Geht der Preis hinunter, so soll das die Löhne nicht berühren. Für jeden Schilling, den die Tonne Kohlen mehr bringt, soll den Arbeitern eine Lohnerhöhung von 10 Prozent gewährt werden. Bis über die Sache Einigung erzielt worden ist, sollen die Arbeiter sofort 10 Prozent mehr erhalten.

Stettiner Nachrichten.

Stettin, 16. April. Vom Montag, den 18.
April d. Z., wird der Städtguthverkeuf auf dem
Streifen Hagener Kreisbahnen,
Strede Finkenwalde-Neumark,
in vollem Umfange, wie i. Z. bei Eröffnung
des Betriebes bekannt gegeben ist, wieder auf-
genommen.

— Für die Errichtung landwirthschaftlicher Getreidelagerhäuser ist im Besitz der Königl. Eisenbahndirection Stettin ein Credit von 1255 500 Mark bewilligt worden und zwar für Barth 249 900 Mark, für Bütz 136 700 Mark, für Stargard 129 600 Mark, für Anklam 303 600 Mark, für Schweidnitz 78 600 Mark, für Stolp 144 900 Mark, für Kolberg 104 600 Mark und für Plathe 108 200 Mark. Die Getreidelagerhäuser werden auf den Bahnhofen der genannten Städte errichtet.

Herr Regierungs-Assessor Bank, welcher bisher bei der hiesigen Polizei-Direction beschäftigt war, ist nach Bromberg versetzt worden, an seine Stelle wird Herr Regierungs-Assessor Felsch treten.

* Zu einer vorgelesenen in Stolz abgehaltene-
nen konservativen Wahlversammlung nach und nach
der Herr Oberpräsident, Staatsminister von
Puttkamer das Wort zu einer Bemerkung
über die polnische Propaganda in unserer Pro-
vinz und führte nach der „Ztg. f. d. P.“ Fol-
gendes aus: „Meine geehrten Herren, was mich
heute in Ihre Mitte führt, ist nicht die Absicht
in Ihrer Wahlkreise nach irgend einer partei-
politischen Richtung hin zu wirken. Dies würde
meiner amtlichen Stellung nicht entsprechen, ich
würde auch glauben, mich mit einem solchen Auf-
trag an der freien Entschiedenheit Ihrer Wähler-
schaft zu verjündigen, die bisher ihre freien Ent-
schlüsse nach oben und nach unten hin glänzend
dargelegt hat. Wohl aber will ich auf eine Er-
scheinung aufmerksam machen, die hier in Ihrer
Wahlkreise, wo sich die Parteien so ziemlich die
Waage gehalten haben, von einschießender, ver-
hängnisvoller Wirkung werden kann; es ist der
erste Versuch des Eindringens der großpolni-
schen Propaganda in die Provinz Pommern.
Man könnte ja versucht sein, mit einem Achsel-
zucken darüber hinwegzugehen, indem man die gänzlich
Erfolgslosigkeit eines solchen Versuches annimmt.
Ich brauche aber wohl nicht auszuführen, mit
welchen Gefahren die großpolnische Propaganda
für den deutschen Staat verbunden ist. Sie hat
überallende und große Fortschritte gemacht und
hat sich nicht auf das ihr von Natur angewiesene
Gebiet, Posen und Westpreußen, beschränkt, son-
dern hat bereits nach Schlesien übergegriffen und
macht nun einen Vorstoß nach Pommern. Wis-
sen Sie ist in unserer Provinz von einer polnischen
Propaganda nicht die Rede gewesen, die Bevölke-
rung hätte sich seit Jahrhunderten von dem Ge-
danken entzogen, daß einzelne Theile Pommern
einmal in Polen gehört hätten. Jetzt ist aber i

